

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Preussischer Staatsrat über die Beamtenbezüge

Der Preussische Staatsrat beschäftigte sich in seiner Freitagssitzung mit den neuen Gehaltsbeschlüssen der Staatsbeamten. Er legte seine Auffassung in folgendem Gutachten nieder: „Der Staatsrat hält die Gehaltsbeschlüsse in der Vorlage des Staatsministeriums für unzulänglich und nur für kurze Zeit möglich.“

Preussische Bergwerksoberaufsicht

Sieben wurde im Ministerium für Handel und Gewerbe zu Berlin die Preussische Bergwerks- und Hütten-Allianzgesellschaft gegründet. Nach dem Vertrag mit dem Preussischen Staat sollen — beginnend mit Januar 1924 — nach und nach sämtliche staatlichen Bergwerke, Hütten und Zellen übernommen werden. Die Übernahme beginnt mit dem Oberharz Berg- und Hüttenwerk.

Auflösung des thüringischen Landtages

In der Freitagssitzung des thüringischen Landtags wurde über den Antrag auf Auflösung des Landtags abgestimmt. Mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten gegen diejenigen der Sozialdemokraten wurde der Antrag angenommen. Da über die Hälfte der Zahl der gesetzlichen Abgeordneten für den Antrag gestimmt hat, gilt der Landtag somit als aufgelöst. Präsident Leber schloß damit die Landtagsperiode.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Wien ist wieder aufgenommen worden.

München. Der Ministerrat hat sich anlässlich der Beschlussfassung über das Ermächtigungsgesetz auch mit der Frage von Anordnungen zum Zwecke des Personalabbaus befaßt. Es wurde beschlossen, mit dem Abbau sofort den Anfang zu machen.

Warschau. Das polnische Kabinett ist, da es keine Mehrheit mehr in der Kammer hatte, zurückgetreten.

Deutsch-französische Fühlungnahme.

Deutschlands Schritt in Paris.

Poincaré wünscht schriftliche Darlegung.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris Goesch wurde Sonnabend von dem Ministerpräsidenten Poincaré empfangen. Die Unterhaltung verlief sehr höflich, hat aber noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt. Poincaré hörte die Mitteilungen des Geschäftsträgers sehr interessiert an und stellte verschiedene Fragen. Er hat gewisse Punkte schriftlich zu fixieren, damit er die deutschen Anregungen in Ruhe prüfen könne. Dann werde er eine endgültige Antwort geben. Der Brüsseler deutsche Geschäftsträger ist ebenfalls vom Minister des Auswärtigen Jaspas empfangen worden. Es handelt sich dabei um einen parallelen Schritt zu dem, der gleichzeitig auch in Paris erfolgte.

Die deutschen Vorschläge.

Goesch legte beim Besuche Poincarés dar, seine Regierung wünsche ohne Störung der bevorstehenden Aktion der Reparationskommission zu einer deutsch-französischen Unterhaltung über die schwebenden Fragen zu gelangen. Poincaré hat zu den Darlegungen des deutschen Geschäftsträgers eine Reihe von Bemerkungen gemacht. Er versprach, in kürzester Frist eine schriftliche Antwort zu erteilen. Der deutsche Geschäftsträger wird die von Poincaré erbetene schriftliche Ausfertigung unverzüglich dem Ministerpräsidenten zufließen lassen. Es ist zu erwarten, daß Poincaré seine schriftliche Antwort sofort erteilt.

Die Pariser Verhandlungen.

Berlin, 16. Dezember.

Zu den in Paris eingeleiteten direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich erklärt die Reichsregierung heute, wenn Deutschland auch alles tun wolle, um die Tätigkeit der Komitès fruchtbringend zu gestalten, so sei doch kaum zu hoffen, daß auf diesem Wege eine schnelle und un-

mittelbare Lösung der Frage zu erreichen sei. Die wirksamste Lösung könne vielmehr nur in einer unter Beteiligung aller interessierten Mächte herbeizuführenden radikalen Neuordnung bestehen, die zugleich die von der Reparationsfrage untrennbare Rhein- und Ruhrfrage mitumfassen müsse. Mit größter Beschleunigung müsse Klarheit über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten geschaffen werden. Die Verträge der Besatzungsbehörden mit den deutschen Industriellen und mit der Eisenbahnverwaltung genügen nicht im entferntesten, den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten zu gewährleisten.

Poincarés Antwort.

Der französische Ministerpräsident hat bereits gestern Abend die Antwort auf die Vorschläge des deutschen Geschäftsträgers fertiggestellt. Die Antwort soll gemeinsam mit Belgien erfolgen. In dem Antwortschreiben sollen folgende Grundsätze enthalten sein:

Ausführung des Friedensvertrages. Keine Schwächung der Rechte der Reparationskommission. Keine Schwächung der Befugnisse der Rheinlandkommission und keine Diskussion über die von den französisch-belgischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet getroffenen Maßnahmen. Unter diesen Vorbehalten sei die französische Regierung bereit, in eine allgemeine Verhandlung einzutreten, auch die baldige allmähliche Rücknahme der Ausweisungen deutscher Beamten in Erwägung zu ziehen.

Weitere Steuererordnungen.

Einkommen-, Vermögens-, Erbschaftsteuer.

Den Entwurf der zweiten Steuererordnung hat das Reichskabinett auf Grund des Ermächtigungsgesetzes beschlossen. Die Verordnung ist sofort an den Hünfschneiderschluß des Reichstags gegangen, ebenso an den Reichsrat, der die letzte Instanz vor der Veröffentlichung bildet.

Die Verordnung regelt im einzelnen die Einkommensteuer für 1923, die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer 1924, die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer. Bei der Einkommensteuer für 1923 ist auch der Lohnabzug geregelt, und zwar bleiben statt, wie ursprünglich vorgesehen 10 Mark, 12 Mark vom Einkommen der Lohn- und Gehaltseinkünfte pro Woche steuerfrei. Im Entwurf war ursprünglich vorgesehen, daß pro 1000 Mark der Veranlagung für 1922 der Steuerpflichtige 25 Goldpfennig zu zahlen habe. Dieser Satz ist auf 40 Goldpfennig erhöht worden. Bei der Erbschaftsteuer ist die in den Vorverhandlungen so viel umstrittene Besonderesteuer, die Steuer auf das Erbe von Kindern und Enkelkindern im Entwurf festgehalten.

Geplant ist, den Ertrag der Einkommensteuer abzüglich eines Satzes von 10 % für das Reich an Erhebungslofen, den Ländern resp. Gemeinden zu überlassen.

Auswertung von Obligationen und Hypotheken.

Das Kabinett beschäftigte sich Freitag mit der dritten Steuererordnung, welche die Frage der Hypothekenauswertung, die Miet- oder Wohnhaussteuer usw. regeln soll.

Man nimmt an, daß für die Frage der Auswertung künftig an dem Grundbesitz festgehalten werden wird, daß die Eigentümer von Forderungen, die auf Reichsmark lauten und bei denen eine Auswertung durch besondere Vereinbarung nicht vorgesehen war, auch nicht berechtigt sein sollen, eine derartige Auswertung zu verlangen. Dadurch entfällt ein Wertvermehrungsgewinn für die Schuldner, und dieser wird vornehmlich zum Teil weggesteuert werden. Vorläufig kommen für eine derartige Erlassung die Wohnhaushypotheken in Form einer Mietzinssteuer und die privaten Obligationen in Frage.

Das Reich dürfte für die Erhebung der Mietzinssteuer nur allgemeine Richtlinien herausgeben und die Erhebung in einzelnen Ländern überlassen. Für die Besteuerung der Bodenwertvermehrungsgewinne bei Obligationen dürfte ein Satz von 10 % in Frage kommen, der allerdings nicht auf einmal, sondern an verschiedenen Terminen zu erheben wäre.

Stillstand der Rechtspflege?

Ausschaltung des Laienelements?

In einer Unterhaltung eines Pressevertreters mit dem Reichsjustizminister Emminger äußerte dieser, es bestünde die große Gefahr, daß in nächster Zeit die Landesjustizverwaltungen erkränken, sie müßten aus Mangel an Mit-

arbeit für die sachlichen Ausgaben der Gerichte, namentlich die Gebühren für Reuten, Sachverständige, Schöffen und Geschworene, die Gerichte schließen, dafür aber die Gefängnisse öffnen, weil Verfassung und Ordnung unerschwinglich geworden sind. Nun bestünde allerdings allseitig der eiserne Wille, durch kriegsähnliche Steuern die notwendigen Geldmittel sofort flüssig zu machen, um über diese Übergangszeit von mehreren Monaten hinwegzukommen. Es sind Notmaßnahmen radikaler Art als Übergangsmassnahmen bis zum 1. April 1924 notwendig. Ich bin seit vielen Jahren für stärkere Beteiligung des Laienelements an der Rechtspflege eingetreten und empfinde es als bitteres Schicksal mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, die Kosten für Schöffen und Geschworene aufzutreiben, auf deren Mitwirkung vorübergehend ganz zu verzichten. Aber wenn ich vor die Wahl gestellt bin, entweder die ganze Strafrechtspflege in wenigen Wochen überhaupt stillgelegt zu werden oder sie einzuweisen nur mit Berufsrichtern hindurchzuführen, so bringe ich den Mut auf, auf eine allerdings nur kurz bemessene Zeit auf die Mitwirkung von Laien bei der Strafrechtspflege zu verzichten.

Übergangshaushalt des Reiches.

15. November bis 31. März.

Das Reichsfinanzministerium hat einen vorläufigen Übergangshaushaltsplan ausgearbeitet, der die Zeit vom 15. November d. J. bis zum 31. März nächsten Jahres umfaßt. Die Haushaltsaufstellung ist in Goldmark erfolgt. Im ordentlichen Haushalt schließt der Plan in Einnahmen und Ausgaben mit 1,966 Millionen ab. Von den Einnahmen fallen auf Steuern und Zölle insgesamt 1,331 Millionen Mark, auf den Kredit der Rentenbank 585 Millionen. Der außerordentliche Haushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 165 Millionen Mark ab. Bei der Eisenbahnerwaltung betragen die Einnahmen und Ausgaben 520 Millionen, die auf dem Wege einer fundierten Anleihe beschafft werden sollen. Der Zuschuß der allgemeinen Finanzverwaltung zu den Ausgaben der Eisenbahnerwaltung beträgt 100 Millionen. Bei der Post belaufen sich die Einnahmen und Ausgaben auf 140 Millionen. Der Zuschuß beträgt für den angegebenen Zeitraum 50 Millionen. Für die Ausführung des Friedensvertrages sind 45 Millionen Goldmark in den Haushalt eingestellt.

Beschlüsse der deutschnationalen Parteivertretung.

Berlin, 15. Dezember.

Im Reichstag trat gestern Abend die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei zusammen. Der außerordentlich zahlreiche Besuch bewies, daß das Bedürfnis nach Klärung über die politischen Ereignisse der letzten Wochen sehr stark war. Der Parteivorsitzende Staatsminister Herzig legte in einer anderthalbstündigen, teilweise sehr temperamentvollen Rede einen Rechenschaftsbericht über die Politik der Fraktionen vor und setzte sich dabei gleichzeitig mit den Strömungen auseinander, die eine schroffere Opposition abzielten. Graf Helldorf, den man selbst zu den Anhängern dieser schärferen Tonart rechnet, stellte sich aber ganz auf den Boden der Fraktionspolitik, vor allem aber Dr. Helfferich, der über das Wesen der parlamentarischen Opposition sprach und dabei auf die Pflicht einer oppositionellen Partei hinwies, keine politischen Beschlüsse auszusprechen, die man bei der Regierungsübernahme nicht ändern könne. Man dürfe sich nicht damit begnügen, die andere Seite der Suppe auszufüllen zu lassen; das dürfe einfach die furchtbare Rolle Deutschlands nicht. Die eindringlichen Worte Helfferichs wirkten derart stark, daß ein Vertrauensvotum für den Parteivorsitzenden fast einstimmig angenommen wurde.

Eine Entschließung.

die sich gegen jede Änderung in den staatsrechtlichen Verhältnissen des besetzten Gebietes wendet, und eine gleichmäßige Behandlung mit dem unbesetzten Reichsteil fordert; ferner eine grundsätzliche Steuerreform unter Berücksichtigung der Steuerkraft für Länder und Kommunen und schließlich zum Bismarckischen Föderalismus verlangt, wurde angenommen. Ferner erhebt die Entschließung die Forderung auf baldige Reichstagsauflösung zwecks Befreiung der sozialistischen Vorkriegsregierung und Bildung einer nationalen Regierung des Vertrauens.

Schicksalswege.

Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bur. M. Linke, Dresden-21. Roman von Matthias Biank.

Er beugte sich über das Schriftstück und betrachtete eine Weile sinnend die großen Buchstaben: „Mein Testament.“

Uxel v. Regensperg saß in dem vornehm ausgestatteten Empfangsraum auf einem niederen Stuhl und versuchte die schmale, lange Hand von Uda v. Wallendorf zu fassen, die sie ihm nicht entzog. Ruhig ließ sie es geschehen, daß er ihre Hand zwischen seinen beiden festhielt und drückte, als wolle er dadurch seine letzten Worte betätigen, als könne er damit ihre Antwort beeinflussen.

Der junge Regensperg war eine statliche Erscheinung. Die erkennen ließ, daß er den Sport liebte. Nur die Blässe seines Gesichtes, dunkle Schatten unter den blaugrauen Augen und ein leises Fäden der Mundwinkel ließen erkennen, daß er abgespammt oder überarbeitet sein mußte. Der hellblonde Schnurrbart und ein sorgfältig gepflegter Spitzbart machten sein Gesicht hübsch, und für manche geheime Mädchenwünsche bogehrensenswert. Die hohe Stirn mit den starken Ausbuchtungen an den Schläfen verriet nicht geringe geistige Fähigkeiten, wie die erhöhten Werten starken Eigenwillen, der sich zum maßlos aufflammenden Horn steigern konnte — ein Erbeil aller aus dem Geschlechte derer v. Regensperg.

Seine Augen ruhten unentwandt auf dem blauen Gesicht von Uda v. Wallendorf, das im durchsichtigen Ton der zarten Haut an die Farbe alten Elfenbeins erinnerte und an den Schläfen, wo im matten Schimmer die Blutadern durchleuchteten, gleich Perlmutter glänzte. Die dünnen, schmalen Lippen leuchteten im Rot blauer Korallen; ihr kastanienbraunes Haar glänzte im Licht.

Ein leises Lächeln flog über ihre Lippen; dann gab sie endlich Antwort, die er mit kaum beherrschter Ungebuld ersehnte: „Ruh ich auf Ihre Frage sofort Bescheid geben?“

„Ja, ich ertrage die Ungebuld nicht mehr länger, ich kann nicht immer sehen, wie Ihre Lächeln allen gehört. Ich mag wohl einem Spieler gleichen, der alles auf ein Blatt setzt. Aber ich muß Gewißheit haben; ich kann mich nicht

länger von Hoffnungen kermartern lassen, die am Ende doch trügerisch sind.“

„Ich weiß Ihre Offenheit zu schätzen und betrachte Sie immer als einen treuen, herzenguten Freund.“

„Freund? — Nur Freund? So hoch das einzuschätzen ist, den ich es immer zum Bettler machen, der das ganze Herz verlangt.“

„Jedes Begehren verlangt Besinnen; es kam alles so überraschend für mich.“

„Ueberraschend? Konnten Sie es wirklich nie gefühlt haben, daß ich um mehr als Freundschaft war?“

„Wieder war es still; Uda v. Wallendorf schied zu keiner Entscheidung geneigt. Sie entzog ihm wie spielend die Hand. Für ein paar Sekunden zogen seine Augenbrauen sich dicht zusammen, dann wiederholte er mit verhaltener Erregung: „Ich bitte um Klarheit.“

„Langsam richtete sie sich auf, während Uxel v. Regensperg zu ihr emporschaute.“

„Wie stellen Sie sich die Zukunft vor?“

„Die Zukunft? — Wie sie ein Mann erträumt, der mit allen Sinnen liebt. Sie sollen meine geliebte Frau werden.“

„Sie dürfen nicht zürnen, wenn ich besonnen bleiben will. Ich bin verwöhnt.“

„Ich werde jeden Ihrer Wünsche zu erfüllen suchen.“

„Meine Wünsche könnten manchmal hohe Forderungen stellen. Nehmen Sie es als Schuld meiner Eltern, die mir nie etwas verlagern konnten.“

„Wenn meine Erfindung durchgedrungen sein wird, vermag ich jeden Wunsch zu erfüllen.“

„Stellen Sie mich doch nicht auch vor eine Hoffnung, die sich durch einen unberechenbaren Zufall ebensogut nicht erfüllen könnte, selbst wenn ich an den Wert Ihrer Arbeit und einen möglichen Erfolg glauben will?“

„Soll das die erbetene Klarheit sein?“

„Lassen Sie uns besonnen bleiben! Zu spätes Erkennen würde schlimmer sein.“

Uxel v. Regensperg erhob sich; unwillkürlich verbunkelten sich seine Lippen, seine Hände ballten sich; er fühlte, daß sein Hoffnungsraum ihm entglitt.

Uda v. Wallendorf, einen neuen Einwand befürchtend, hob wie abwehrend beide Hände: „Keine Antwort jetzt. Lassen Sie mich erst alles sagen. Ich bin verwöhnt, so ver-

wöhnt, daß ich die Gedanken an Entbehrung nicht zu fassen vermag. Ich will mich nicht besser machen, als ich bin. Ich bin gewiß, daß Entbehrungen das Ende einer Liebe sein müßten, wenn ich mich einer solchen Liebe hingeben würde. Auch Ihr Leben würde darüber zusammenbrechen, nicht das meine allein, wenn ich einmal die Not kennen lernen müßte. Verdammen Sie mich nicht um dieser Ehrlichkeit willen!“

„So ist es also nur Geld, das Sie lieben können?“

„Tiefe Bitternis klang aus seinen Worten.“

„Nein, das dürfen Sie nicht sagen. Aber wenn die Not sich zur Liebe gesellt, stirbt sie meist daran. Das will ich nicht!“

„Aber meine Arbeit, mein gewisser Erfolg?“

„Ich schätze sie nicht gering. Sie dürfen mir glauben, daß ich gerne, von Herzen sogar, Ihren Wunsch erfüllen möchte. Eben deshalb, weil ich das Glück, das Sie mir zu schillern verstanden, dauernd besitzen will, deshalb möge ich. Nur deshalb, weil ich es nicht ertragen könnte, daß ein Schatten auf dies Glück fallen würde.“

„Es ist also doch die Sorge um das Geld —“

Sie unterbrach ihn rasch: „Glauben Sie es mir, es ist nicht das allein! Ich will nur Gewißheit, daß das Glück nicht wieder entgleiten kann. Und dafür bietet Ihre Erfindung trotz allem noch keine Bürgschaft. Ja, wenn es in Ihrem Fall noch so wäre wie bei Ihrem Vetter Anton. Der wird einmal erben.“

„Anton! Darf er darum mehr hoffen? Ist er es, für den Sie sich entschieden haben?“

„Nicht vor ihm stand Uda v. Wallendorf. Ihre Augen ruhten mit hartem Ausdruck in den seinen: „Wissen Sie, daß diese Worte keine Antwort verbieten? Fühlen Sie nicht, daß Sie damit beschimpfen, während Sie zu lieben behaupten?“

„Sie nannten seinen Namen!“

„Gewiß! Ich sagte, wenn es so stünde wie bei ihm, dann hätte ich nicht gezögert, bei Ihnen nicht. Aber Ihr Vetter Anton darf nichts von mir erhoffen: ich ach ihm kein Versprechen, trotzdem er einmal der reiche Erbe werden muß. Genügt Ihnen das?“

„Und wenn ich wiederkommen und zeigen könnte, daß die Not das Glück nicht zu zerstören droht?“

(Fortsetzung folgt.)